

Abschiebehaft abschaffen



DEMONSTRATION • SA 2. OKT. '99

Auftaktkundgebung 12.00 Uhr Hallplatz, Zweibrücken-Innenstadt
anschl. Demozug zum Abschiebegefängnis Zweibrücken-Birkhausen

- Abschiebehaft abschaffen - in Zweibrücken anfangen
- Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtlinge
- Wider den rassistischen Normalzustand
- Keine Abschiebungen in Kriegsgebiete und Folterstaaten

VeranstalterInnen: Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier, Tel. 0651/9941017, e-mail: AGF_Trier @t-online.de
AKTION 3.WELT Saar, Tel. 06872-993056, e-mail: a3wsaar@t-online.de

UnterstützerInnen der Demonstration: AG Antirassismus/Internationalismus im ASTA der Uni Saarbrücken · Antifa Neunkirchen · Antifa Saar · Antifa St.Ingbert · Antifaschistische Koordination Rhein/Mosel · Antifaschistisches Infotelefon GARFIELD · ANO/KL (Antifa Neckar-Odenwald/Keine Lichterkette) · Arbeitskreis ASYL Rheinland-Pfalz · Arbeitskreis ASYL Saarland · Ausländerbeirat der Landeshauptstadt Saarbrücken · Bündnis90/Die Grünen Saar · Bündnis90/Die Grünen Kreisverband Trier-Saarburg · Café Asyl Alzey · Café Exodus Saarbrücken · Chile Komitee Saar · Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) Landesverband Hessen · DPSG · Diözesanverband Trier · Evangelisches Jugendwerk an der Saar · Evangelische Kirchengemeinde Remagen-Sinzig · Friedensgruppe Daun · Gemeindedienst für Mission und Ökumene-Region Mittelrhein/Lahn · Internationaler Versöhnungsbund-Dt.Zweig · JUSOS (Landesverband Saarland, UB Saarlouis, Landesverband Rheinland-Pfalz, Bezirk Rheinland/Hessen-Nassau) · Koordinationskreis gegen Castor Saar · Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V. · Ökumenischer Arbeitskreis Solidarität mit AusländerInnen Hirschhorn/Neckar Pax Christi Bistumsstelle Speyer · PDS Saarland · VSJS -Verband saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung · VVN/BdA Landesvereinigung Saar

Stand: 10.8.1999

Abschiebehaft abschaffen

Fluchtursachen bekämpfen - nicht Flüchtlinge

Die Festung Europa ist längst Wirklichkeit:

Deutschland und Europa haben sich in den letzten Jahren immer stärker gegen die 'Habenichtse' aus der sogenannten 3. Welt und den osteuropäischen Ländern abgeschottet. An der deutschen Ostgrenze ist eine neue Mauer errichtet worden, an der mit militärischen Mitteln Flüchtlingen der Weg nach Deutschland verwehrt wird. Jüngstes Beispiel dafür ist die Weigerung der EU-Staaten, Flüchtlinge aus dem Kosovo in nennenswerter Zahl aufzunehmen. "Bevorzugt" wird die regionale Elendsverwaltung in den Flüchtlingslagern in Mazedonien und Albanien. Während die westeuropäischen Staaten mit dem Schengener Vertrag ja sagen zum freien Kapital- und Warenverkehr, sagen sie ebenso entschieden nein zur gerechten Verteilung der vorhandenen Güter an alle Menschen. Dem freien Personenverkehr für EuropäerInnen setzt Schengen ein aggressives Festungsdenken gegenüber nicht-europäischen Ländern entgegen. Zwischen dem 1.7.93 und dem 1.7.98 starben 81 Menschen bei dem Versuch, Deutschland zu erreichen, davon 60 an den deutschen Ostgrenzen. 54 Menschen begingen aus Angst vor der drohenden Abschiebung Selbstmord.

Für uns ist klar: kein Mensch flieht freiwillig. Wir fordern deshalb:

Fluchtursachen bekämpfen und nicht Flüchtlinge. Damit befinden wir uns im Widerspruch zur deutschen Politik, die dazu beiträgt, daß Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen: durch Kumpaneit mit Regimen, die die Menschenrechte verletzen; durch die Unterstützung des ungerechten Weltwirtschafts- und Finanzsystems; durch Rüstungsexporte und durch weltweite Umweltzerstörung. Daß dabei Menschen, die in ihrer Verzweiflung auf immer gefährlichere Fluchtwege gezwungen werden, in den Tod getrieben werden, wird in Kauf genommen - ebenso wie die Toten in Abschiebehaft.

Wesentlicher Bestandteil des ausgrenzenden Umgangs mit Flüchtlingen sind die Abschiebegefängnisse

Für viele Flüchtlinge sind sie die Endstation vor ihrer Abschiebung. Abschiebehaft ist eine grundlegende Verletzung der Menschenwürde und konsequenter Ausdruck eines Festungsdenkens. Sie ist kein Versehen oder Einzelfall, sondern ein Eckstein in der Mauer um die Festung Europa. Die Menschen, die in Zweibrücken oder anderswo in Abschiebehaft sitzen, haben im juristischen Sinne keine Straftat begangen. Ihre "Straftat" ist politischer Natur: sie suchen Zuflucht in Deutschland.

Ein Beispiel für die Folgen der staatlicherseits betriebenen Entwürdigung ist der Angolaner Daniel Lopes:

Daniel Lopes (28) wurde am 16.9.93 an seinem Arbeitsplatz, wo er seit vielen Monaten legal arbeitete, verhaftet und in der Justizvollzugsanstalt Trier in Abschiebehaft genommen. Zwar war sein Asylantrag abgelehnt worden, aber er hoffte, weiterhin geduldet zu werden, denn in seinem Heimatland Angola herrschte ein brutaler Bürgerkrieg. Im Trierer Gefängnis befand er sich in fast vollständiger Isolation. Eine Stunde täglich hatte er Hofgang, anschließend ging es wieder für 23 Stunden zurück in die Einzelzelle. Alle zwei Wochen durfte er für eine Stunde Besuch empfangen. Der ehemals gesellige und lebensfrohe Daniel Lopes hielt diese unerträgliche Situation nicht aus. In seinem Abschiedsbrief schrieb er: "Schauen Sie mal, ich habe keine Geduld, in dieser Gefängniszelle zu leben, weil ich kein Krimineller bin. Das ist alles." Anschließend setzte er in der Nacht vom 14. Oktober auf den 15. Oktober 1993 seinem Leben ein Ende.

Bis heute hat sich in Zweibrücken niemand das Leben genommen. Aber: Wir wissen, daß der psychische Druck auf die Häftlinge enorm ist und daß immer wieder Flüchtlinge wegen Selbstmordgefahr in eine psychiatrische Einrichtung eingeliefert werden müssen.

Es gibt in unserem Land inzwischen einen rassistischen Normalzustand:

Viele der Flüchtlinge, die überhaupt nach Europa gelangen, werden durch deutsche BürgerInnen und manchmal offen rassistische BürokratInnen in Sozial- und Ausländerämtern beleidigt und gedemütigt. Wer mit oder ohne Nadelstreifenanzug Flüchtlinge sprachlich entwürdigt, sie als bedrohliche "Fluten", "Wellen" oder "Ströme" bezeichnet, kann bei brennenden Flüchtlingsheimen, rassistischen Morden und Angriffen seine Hände nicht in Unschuld waschen. Bittere Realität für Flüchtlinge in Deutschland sind aber auch ständige Unsicherheit und drohende Abschiebung, die Unterbringung in Sammellagern und Inhaftierung in Abschiebegefängnissen. Für Frauen kommt noch die Nichtanerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe und sexistischer Verfolgung und die Abhängigkeit des Aufenthaltsstatus vom Ehemann hinzu.

Wofür wir uns einsetzen:

Mit der Demonstration am 2. Oktober in Zweibrücken und am Abschiebegefängnis in ZW-Birkhausen wollen wir Flüchtlinge unterstützen und ein Zeichen setzen gegen rassistische Politik.

Mit einem eigenen Aufruf mobilisieren zur Demo: Antifa-Saar, Antifa-St. Ingbert, Antifaschistische Aktion Neunkirchen.

Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier, Tel. 0651/9941017,
e-mail: AGF_Trier@t-online.de,

Spenden-Kto: SK Trier, BLZ 585 501 30, Konto 113 746

AKTION 3.WELT Saar, Tel. 06872-993056,

e-mail: a3wsaar@t-online.de

Spenden-Kto: Saarbanc, BLZ 591 900 00, Konto 0138 2618